



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI



Der öffentliche Dienst – er ist ein mysteriöses Wesen: Er umfasst nicht nur die allgemeine Verwaltung, sondern auch die Bereiche Schule, Sanität, Pflege, Kultur und Sport, Sonderbetriebe oder Agenturen genauso wie Betriebe mit Landesbeteiligung. Seine beschäftigungspolitische Relevanz steht außer Frage: Rund 50.000 Menschen sind in Südtirol im Öffentlichen Dienst tätig, sprich rund 20% der Gesamtbeschäftigung. Geschlechtsspezifisch ist der öffentliche Dienst eindeutig eine Frauendomäne. Auf 100 Beschäftigte entfallen 70 Frauen bzw. 30 Teilzeilverhältnisse. Dies verwundert nicht weiter, denn der öffentliche Arbeitgeber hat den Ruf, ein „guter Arbeitgeber“ mit Vorbildfunktion auch für die Privatwirtschaft zu sein, wenn es um die ar-

beits- wie sozialrechtliche Absicherung, die Möglichkeiten der Vereinbarkeit und die Sicherheit der Arbeitsverhältnisse geht. Weniger gut ist die Reputation in der öffentlichen Meinung: Seit Jahrzehnten wird dem Öffentlichen Dienst attestiert, auf Grund seiner starren Organisationsstrukturen und Regelungen sowie der unzureichenden Innovationskraft nicht in der Lage zu sein, seine Aufgaben effizient zu erfüllen. Durch den Aufnahmestopp und den rigiden Sparkurs, der vor etwa fünf Jahren im Zuge der Wirtschaftskrise eingeleitet wurde hat sich die

Die neuen Leiden des Öffentlichen Dienstes

*Das sichere **unbefristete Vollzeitverhältnis** ist im Öffentlichen Dienst schon lange nicht mehr Standard. Mit allen Problematiken, die damit verbunden sind.*

Situation noch weiter verschärft. Was ist passiert? Bedingt durch die unzureichende räumliche und berufliche Mobilität der Bediensteten auf der einen sowie der starken Orientierung an wechselnde politische Entscheidungen auf der anderen Seite, wurde der Bedarf an flexibler Arbeit und neuem Knowhow nur selten durch Reorganisation bzw. Aktivierung interner Ressourcen abgedeckt, sondern es wurde auf atypische Arbeitsformen wie befristete Verträge und Teilzeitarbeit, Projektarbeit oder kontinuierlicher und koordinierter Mitarbeit ausgewichen. In anderen Worten: Die unzureichende Bereit-

schaft zu internen Reorganisationsmaßnahmen (und wer ohne Schuld ist, werfe den ersten Stein) hat dazu geführt, dass heute ein beachtlicher Teil der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst mit befristeten Verträgen als „Lückenbüßer“ dasteht - in einigen Bereichen trifft es bereits jede dritte Person. Das AFI | Arbeitsförderungsinstitut analysiert gerade im Detail die Situation der atypischen Beschäftigung im Öffentlichen Dienst. Die Ergebnisse werden im Herbst vorgestellt. Sie sollen dazu dienen, einen Diskussionsprozess anzustoßen, der auf objektive Daten beruht.